

Nachhaltige Anlagen von Steuern befreien

Nicht nur die Klimajugend verlangt vom Finanzplatz Schweiz, soziale und ökologische Aspekte in ihre Strategie einzubeziehen. Deshalb wird der Finanzierungsbedarf für Projekte in nachhaltige Produktionsweisen und Energieverbrauch weiterhin stark zunehmen. Aber leider sind in der Schweiz die Verrechnungs- und die Stempelsteuer Hindernisse für die Entwicklung nachhaltiger Anlageformen. Um unsere Zukunft unter besten Bedingungen zu finanzieren, müssen nachhaltige Finanzprodukte von diesen Steuern befreit werden.

Laut der massgebenden Branchenstatistik sind in der Schweiz die nachhaltigen Anlagen 2018 um (sagenhafte!) 83 Prozent auf ein Volumen von mehr als 700 Milliarden Franken gestiegen. Damit machten sie mehr als 10 Prozent der gesamten in der Schweiz verwalteten Vermögen aus. Der Finanzplatz Schweiz ist also wesentlich aktiver bei Finanzdienstleistungen, die Umwelt-, Sozial- wie auch Governance-Kriterien in die Geschäfts- oder Investitionsentscheidungen miteinbeziehen, als Kritiker behaupten.

Im schweizerischen Steuersystem behindern jedoch zwei hohe Hürden, die Umleitung der Finanzströme in nachhaltige Produkte: Die Verrechnungssteuer wirkt als Emissions- und die Stempelabgabe als Handelsbremse. Diese beiden Abgaben zwingen grosse Schweizer Unternehmen, ihre Anleihen im Ausland auszugeben, um das Interesse der Investoren zu wecken. Dieser Missstand beschäftigt inzwischen auch die Politik. Der Ständerat hat in der Herbstsession 2019 ein Postulat angenommen, das diese Problematik aufgreift. Nun sollte sich der Bundesrat so schnell wie möglich dieses Themas annehmen.

Auch auf der Produktseite hat sich in der letzten Zeit viel getan, was unmissverständlich den erhöhten Finanzierungsbedarf für nachhaltige Projekte widerspiegelt. An der Schweizer Börse SIX werden inzwischen insgesamt 31 «green bonds» mit einem Nominalvolumen von rund 14 Milliarden Franken in verschiedenen Währungen gehandelt. Zu den Anbietern gehören neben Banken auch Kantone (beispielsweise Genf oder Basel) oder Unternehmen in der Elektrizitätsbranche. Jedoch machen diese nur weniger als



Auch Solarenergieanlagen müssen finanziert sein. Foto: Florian Gaertner (Getty Images)

20 Prozent der an der SIX gehandelten «green bonds» aus. Das Angebot und die Produktvielfalt werden in Zukunft sicher zunehmen, sodass nachhaltige Produkte vermehrt in die Investitionsentscheide auf jeder Stufe miteinbezogen werden.

Die Schweiz besitzt viele Voraussetzungen, um zum weltweit führenden Handelsplatz für nachhaltige Finanzprodukte zu werden. Damit sie jedoch ihre Fachkenntnisse und Produkte exportieren und international vertreiben und somit zur nachhaltigen Lenkung der Finanzflüsse beitragen kann, muss – neben den steuerlichen Hürden – der Marktzugang für Schweizer Finanzdienstleistungen konsequent verbessert werden.

Es wäre schade, wenn sich die Schweiz wegen archaischer und veralteter Steuern einem grossen Teil der internationalen Finanzflüsse entziehen müsste. Die Schweiz ist eines der letzten Länder der Welt, das eine Quellensteuer auf Zinserträge erhebt und viele Finanztransaktionen besteuert, nur weil

eine Schweizer Bank beteiligt ist. Nachhaltige Finanzprodukte sollten daher von der Verrechnungssteuer und der Stempelsteuer befreit werden.

Im Gegensatz zu einer Reform der Verrechnungs- und der Stempelsteuer, die mit dem Verlust von Steuereinnahmen in Höhe von mehreren Hundert Millionen Franken verbunden wäre, würde die steuerliche Befreiung von nachhaltigen Finanzprodukten den Bund nichts kosten, da es sich um ein neues Gebiet handelt. Im Gegenteil, sie würde die Fokussierung auf grüne Anleihen fördern und es einer Vielzahl an Akteuren ermöglichen, das Energie- und Sozialmodell der Zukunft zu finanzieren.



Yves Mirabaud

Der Senior Partner der Privatbank Mirabaud ist Präsident der Vereinigung Schweizerischer Privatbanken.